

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Tobias Pflüger, Heike Hänsel,
Dr. Alexander S. Neu, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/18750 –**

Geld für das Gesundheitssystem statt für atomwaffentragende Kampfbomber

A. Problem

Die Antragsteller bewerten die Planungen des Bundesministeriums der Verteidigung, 135 neue Kampfflugzeuge zu beschaffen, während in den Krankenhäusern Europas Intensivbetten, Beatmungsgeräte, Pflegekräfte und medizinische Schutzausrüstung fehlten, als verheerendes Signal. Ebenso wäre die Entscheidung für eine Fortsetzung der nuklearen Teilhabe fatal. Es wäre aus ihrer Sicht insofern finanzpolitisch unverantwortlich, auf Jahre Steuergelder für die milliarden schwere Neuanschaffung von Atombombern zu verplanen, während gleichzeitig die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgekosten der Corona-Krise unabsehbar seien.

Der Bundestag solle daher die Bundesregierung unter anderem auffordern, die nukleare Teilhabe zu beenden und die für den Ersatz der Luftfahrzeuge Tornado vorgesehenen Haushaltsmittel umzuwidmen und für die Stärkung der Gesundheitsinfrastruktur in der Bundesrepublik Deutschland sowie für die Weltgesundheitsorganisation WHO zur Verfügung zu stellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/18750 abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2020

Der Verteidigungsausschuss

Wolfgang Hellmich
Vorsitzender

Henning Otte
Berichterstatter

Dr. Fritz Felgentreu
Berichterstatter

Gerold Otten
Berichterstatter

Dr. Marcus Faber
Berichterstatter

Tobias Pflüger
Berichterstatter

Katja Keul
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Henning Otte, Dr. Fritz Felgentreu, Gerold Otten, Dr. Marcus Faber, Tobias Pflüger und Katja Keul

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/18750** in seiner 158. Sitzung am 7. Mai 2020 zur federführenden Beratung dem Verteidigungsausschuss und zur Mitberatung dem Auswärtigen Ausschuss sowie dem Ausschuss für Gesundheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Aus Sicht der Antragsteller seien die Planungen des Verteidigungsministeriums, 135 neue Kampfflugzeuge zu beschaffen, insbesondere die Anschaffung von 30 Kampfbombern vom Typ F-18 für den Transport und Abwurf von US-Atomwaffen, während in den Krankenhäusern Europas Intensivbetten, Beatmungsgeräte, Pflegekräfte und medizinische Schutzausrüstung fehlten, ein verheerendes Signal.

Die Entscheidung für eine Fortsetzung der nuklearen Teilhabe durch die Bundesrepublik Deutschland wäre sicherheits- und friedenspolitisch fatal. Bereits durch die Kündigung des INF-Vertrags und die Indienstnahme des NATO-Raketenschirms (NATO BMD) wachse die Konfrontation zwischen der NATO und Russland in Europa und werde zunehmend zu einer nuklearen Konfrontation. Ein Verzicht auf die Beschaffung neuer Trägersysteme für US-Atomwaffen wäre demgegenüber ein wichtiger Impuls, der aus dem Abrüstungspolitischen Stillstand in Europa herausführen und einen Abbau der Konfrontation einleiten könne.

Gleichzeitig würden in Deutschland, Europa und weltweit eklatante Defizite in der Gesundheitsinfrastruktur deutlich, die das Leben und die Sicherheit von Millionen Menschen bedrohten. Jetzt auf Jahre Steuergelder für die milliardenschwere Neuanschaffung von Atombombern zu verplanen, während gleichzeitig die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgekosten der Corona-Krise unabsehbar seien, sei auch finanzpolitisch unverantwortlich.

Schätzungen von ICAN und IPPNW zufolge beliefen sich die Kosten allein für die Beschaffung der atomwaffenfähigen F-18 auf rund 7,5 Mrd. Euro – eine Summe, für die man nach Angaben der IPPNW-Studie 100 000 Intensivbetten und 30 000 Beatmungsgeräte sowie die Gehälter von 60 000 Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern sowie 25 000 Ärztinnen und Ärzte für ein Jahr finanzieren könnte.

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung daher auffordern, die nukleare Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland umgehend zu beenden und entsprechende Beschaffungsmaßnahmen darauf auszurichten, grundsätzlich auf den Abschluss von Verträgen zur Entwicklung, Herstellung und Beschaffung von Luftfahrzeugen mit nuklearen Trägerfähigkeiten sowie auf die Zertifizierung nuklearer Trägerfähigkeiten bei Luftfahrzeugen zu verzichten, die für die Ersetzung der Nuklear-Fähigkeiten der Luftfahrzeuge Tornado im Zuge der Ausphasung des Waffensystems vorgesehenen Haushaltsmittel umzuwidmen und für die Stärkung der Gesundheitsinfrastruktur in der Bundesrepublik Deutschland sowie für die Weltgesundheitsorganisation WHO zur Verfügung zu stellen und den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 24. März 2010 zum Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland (Drucksache 17/1159) umzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 17. Juni 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 94. Sitzung am 17. Juni 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Verteidigungsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 19/18750 in seiner 59. Sitzung am 17. Juni 2020 abschließend beraten.

Im Verlaufe der Beratung hob die **Fraktion der CDU/CSU** hervor, hier erfolge eine unzulässige Verknüpfung von völlig unterschiedlichen Aspekten, indem Gesundheits- und Sicherheitsinteressen gegeneinander ausgespielt würden. Es sei vielmehr wichtig, dass beide Bereiche unabhängig voneinander behandelt würden.

Die **SPD-Fraktion** betonte, dem Antrag fehle in jeder Hinsicht der Sinn und es sei ebenso unsinnig, die Abkehr von der nuklearen Teilhabe mit der Corona-Krise zu verbinden.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, es werde nicht nur der Beschluss des Deutschen Bundestages von 2010 falsch interpretiert, sondern es wäre auch verheerendes Zeichen hinsichtlich der Bündnissolidarität, die nukleare Teilhabe aufzukündigen.

Die **FDP-Fraktion** legte dar, eine Beendigung der nuklearen Teilhabe werde nicht dazu führen, dass andere Atomkräfte auch nur eine einzige Atomwaffe weniger hätten. Zudem seien einer Umfrage zufolge nur 31 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass ein nuklearer Schutz nicht notwendig sei.

Die **Fraktion DIE LINKE** unterstrich, statt der Beschaffung von Kampfbombern insbesondere für die nukleare Teilhabe solle das dafür vorgesehene Geld für andere Bereiche verwendet werden, in denen es notwendiger sei. Dazu gehöre vor allem auch der Gesundheitsbereich, was insbesondere durch die eklatanten Defizite bei der Bekämpfung der Corona-Epidemie in Deutschland, Europa und weltweit offenbar geworden sei.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bekundete, sie stehe zu dem Beschluss des Deutschen Bundestages von 2010 und setze sich weiter für die Beendigung der nuklearen Teilhabe ein. Die Entscheidung darüber solle jedoch unabhängig von finanziellen Fragen im Zusammenhang mit der Corona-Krise erfolgen.

Im Ergebnis beschloss der **Verteidigungsausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE, bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/18750 zu empfehlen.

Berlin, den 17. Juni 2020

Henning Otte
Berichtersteller

Dr. Fritz Felgentreu
Berichtersteller

Gerold Otten
Berichtersteller

Dr. Marcus Faber
Berichtersteller

Tobias Pflüger
Berichtersteller

Katja Keul
Berichterstellerin